

## FREIBERUFLER-TICKER vom 18. April 20 19

### 1. **BFB, DIHK und ZDH fordern, VerA aufzustocken**

In einem gemeinsamen Brief appellierten der BFB, der Deutsche Industrie- und Handelskammertag sowie der Zentralverband des Deutschen Handwerks Ende vergangener Woche an das Bundesministerium für Bildung und Forschung, das Programm VerA – Verhinderung von Ausbildungsabbrüchen – auszubauen. So sollen künftig 5.000 Tandems gefördert werden. Bisher werden 4.000 Lernpaare unterstützt, bestehend aus einem Auszubildenden und einem Ausbildungsbegleiter im Ruhestand.

### 2. **OVG NRW zum allgemeinpolitischen Mandat**

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Nordrhein-Westfalen in Münster wies mit Urteil vom 12. April 2019 ([Az.: 16 A 1499/09](#)) die Berufung eines Unternehmens zurück, das die IHK Nord Westfalen auf Austritt aus dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) verklagt hatte. Der DIHK habe für die Industrie- und Handelskammern sowie für deren Pflichtmitglieder mit seiner im Lauf des Verfahrens neu gefassten Satzung die Möglichkeit eröffnet, künftige Überschreitungen der Kompetenzen wirksam zu unterbinden. Weiter habe er sich zur Einhaltung der für die Kammern geltenden Kompetenzgrenzen verpflichtet. Hintergrund waren Äußerungen des DIHK zu allgemeinpolitischen Themen. Das OVG ließ eine Revision gegen das Urteil nicht zu.

### 3. **Steuern und Sozialabgaben auf Arbeitseinkommen leicht gesunken**

In Deutschland sanken die Steuern und Sozialabgaben auf Arbeitseinkommen im vergangenen Jahr im Vergleich zu 2017 leicht, sie liegen aber weiter deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Dies geht aus der jüngsten Ausgabe der Studie „Taxing Wages“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hervor, die Ende vergangener Woche veröffentlicht wurde. Im OECD-Schnitt war der Rückgang etwas signifikanter, getragen von einer deutlich gesunkenen Abgabenquote in einigen OECD-Ländern. So lag in Deutschland der Anteil von Steuern und Sozialabgaben an den Arbeitskosten für alleinstehende Durchschnittsverdiener 2018 bei 49,5 Prozent, nach Belgien der zweithöchste Wert innerhalb der OECD. Im Durchschnitt der OECD-Länder liegt der sogenannte Steuerkeil bei 36,1 Prozent der Arbeitskosten. Die Arbeitskosten setzen sich aus Bruttolohn und den Sozialabgaben der Arbeitgeber zusammen. Bei den Sozialabgaben werden Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil berücksichtigt. 2017 lagen diese Werte im Schnitt der OECD-Länder bei 36,3 Prozent und für Deutschland bei 49,6 Prozent. Deutlich geringer fällt in Deutschland dagegen die Abgabenquote für Familien mit nur einem Erwerbstätigen aus. Hier werden, bezogen auf die Arbeitskosten, 34,4 Prozent an Steuern und Sozialabgaben abgeführt. In Frankreich und Italien sind es dagegen mehr als 39 Prozent.

### 4. **Frühjahrsprojektion der Bundesregierung**

Die Bundesregierung rechnet mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,5 Prozent in diesem und 1,5 Prozent im nächsten Jahr. Zudem erwartet sie, dass sich der Arbeitsmarkt ebenso wie die Löhne positiv entwickelt. Bundesminister Altmaier führte bei der [Vorstellung](#) durch das zuständige Bundesministerium für Wirtschaft und Energie am 17. April 2019 aus, es werde auf Rekordniveau in Infrastruktur, Bildung und Forschung investiert und man setze auf Zukunftstechnologien wie Künstliche Intelligenz. Dennoch müsse die aktuelle Schwächephase der deutschen Wirtschaft ein Weckruf sein. So werde daran gearbeitet, die Wettbewerbsbedingungen und steuerlichen Rahmenbedingungen für Unternehmen zu verbessern, die Sozialausgaben langfristig unter 40 Prozent zu halten, andere Bundesministerien zu deutlichen Beiträgen zum

Bürokratieabbau zu ermuntern und zügig eine steuerliche Forschungsförderung einzuführen. Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Frühjahrsprojektion bilden die Grundlage für die Steuerschätzung vom 7. bis 9. Mai 2019 in Kiel. Als gemeinsamer Orientierungsrahmen dienen sie der Aufstellung der öffentlichen Haushalte von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen.

#### **5. Finanzen der Hochschulen**

Im Jahr 2017 gaben die öffentlichen, kirchlichen und privaten Hochschulen in Deutschland 54,1 Milliarden Euro für Lehre, Forschung und Krankenbehandlung aus. Wie das Statistische Bundesamt am 17. April 2019 weiter [mitteilte](#), stiegen die Ausgaben gegenüber 2016 um vier Prozent. Der größte Posten, 58 Prozent der Gesamtausgaben, war das Personal mit 31,3 Milliarden Euro, plus 4,3 Prozent. Der laufende Sachaufwand betrug 18,3 Milliarden Euro, plus 4,6 Prozent. Für Investitionen wurden 4,5 Milliarden Euro aufgewendet, plus 2,2 Prozent. Die eigenen Einnahmen der Hochschulen stiegen 2017 im Vergleich zum Vorjahr um fünf Prozent auf insgesamt 28,8 Milliarden Euro. Neben verschiedenen anderen Posten erhöhten sich die Einnahmen der Hochschulen aus Beiträgen der Studierenden um sechs Prozent und lagen bei 1,3 Milliarden Euro.

#### **6. Neues EU-Urheberrecht endgültig beschlossen**

Die EU-Mitgliedstaaten stimmten am 15. April 2019 mehrheitlich der umstrittenen [Änderung der Urheberrechtsrichtlinie](#) zu. Die Zustimmung des Europäischen Parlaments war bereits am 26. März 2019 erfolgt. Jetzt haben die Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die in der Richtlinie vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen. Hierzu betonte die Bundesregierung, dass die umstrittenen Upload-Filter bei der Umsetzung weitgehend vermieden werden sollten. Solche automatischen Filtersysteme, die ins Netz hochgeladene Inhalte vor ihrer Veröffentlichung prüfen und gegebenenfalls aussortieren, lehnte die Bundesregierung bereits in ihrem Koalitionsvertrag als unverhältnismäßig ab.

#### **7. Gesetz zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen**

Der [Bundesrat](#) stimmte Ende vergangener Woche dem Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/943 zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen vor rechtswidrigem Erwerb sowie rechtswidriger Nutzung und Offenlegung zu. Das Gesetz soll für größere Rechtssicherheit beim Schutz von Geschäftsgeheimnissen sorgen und enthält erstmals ausdrückliche Regelungen für den Schutz von Hinweisgebern, sogenannten Whistleblowern. Der Deutsche Bundestag ([129/19](#)) hatte zuvor den ursprünglichen Gesetzentwurf der Bundesregierung ([19/4724](#)) mit Änderungen verabschiedet und dabei unter anderem den Quellenschutz für Journalisten gestärkt. Ausnahmeregelungen gibt es für Informationen, die unter die anwaltliche und ärztliche Verschwiegenheitspflicht fallen.

#### **8. Niedersachsen fordert Entlastungen im Bereich Datenschutz**

Das Land Niedersachsen will Rechtsunsicherheiten bei der Umsetzung der Europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beseitigen. In einem [Entschließungsantrag](#) brachte das Land Ende vergangener Woche einen entsprechenden Antrag im Bundesrat ein. Darin kritisiert es nationale Sonderwege und mahnt eine deutliche Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen, beispielsweise durch Ausnahmeregelungen für eingetragene Vereine und kleine Unternehmen hinsichtlich der Pflicht zur Benennung eines Datenschutzbeauftragten an. Ausdrücklich fordert Niedersachsen die gesetzliche Klarstellung, dass kleine und mittelständische Unternehmen bei geringfügigen Verstößen gegen die DSGVO nicht abgemahnt werden. Der Entschließungsantrag wurde in die Fachausschüsse überwiesen. Diese befassen sich Ende April damit. Sobald sie ihre Beratungen abgeschlossen haben, stimmt der Bundesrat darüber ab, ob er die Entschließung fassen möchte.

**9. Arbeitskosten in der EU**

Im Jahr 2018 lagen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der gesamten Wirtschaft (ohne Landwirtschaft und öffentliche Verwaltung) in der Europäischen Union bei 27,40 Euro – plus 2,7 Prozent zum Vorjahr, und im Euroraum bei 30,60 Euro, plus 2,2 Prozent. Hierbei gibt es Unterschiede: Die niedrigsten Arbeitskosten pro Stunde verzeichneten Bulgarien mit 5,40 Euro, Rumänien mit 6,90 Euro und Litauen mit neun Euro. Am höchsten waren sie in Dänemark mit 43,50 Euro, Luxemburg mit 40,60 Euro und Belgien mit 39,70 Euro. In Deutschland wurden 34,60 Euro gezahlt, 2,3 Prozent mehr als im Vorjahr. Diese [Schätzungen](#) gab das statistische Amt der Europäischen Union Ende vergangener Woche heraus.

**10. Deutsche Investitionsquote leicht über Durchschnitt**

Die Investitionsquote in Deutschland liegt mit 20,8 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) leicht über der Investitionsquote in der gesamten Europäischen Union, die 20,5 Prozent des BIP beträgt. Dies teilte die Bundesregierung in ihrer Antwort ([19/8834](#)) auf eine Kleine Anfrage der Bundestagsfraktion der FDP ([19/8243](#)) mit, die der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche veröffentlichte. Anhand dieser Kennziffer lässt sich beurteilen, wie stark ein Land in seine künftige wirtschaftliche Entwicklung investiert. Der EU-Vergleichswert umfasst allerdings auch die niedrigen Werte der Krisenländer der Eurozone. Das relativiert die Kennzahl Deutschlands.

**11. Zwischenfazit zu Mikrokreditfonds**

Seit dem Start der [Gründungsoffensive](#) durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) im November 2018 haben die Zusagen von Mikrokrediten aus dem [Mikrokreditfonds](#) Deutschland um 34 Prozent zugelegt. Das [teilte](#) das BMWi Ende vergangener Woche mit. Der Mikrokreditfonds stellt Kredite für Klein- und Kleinstgründungen zur Verfügung. Zunehmend unterstützt er gründungswillige Migranten und Frauen. Im Fokus stehen außerdem gewerbliche Sozialunternehmen.

**12. Europawahl 2019: 1.380 Kandidaten**

Bei der Europawahl am 26. Mai 2019 bewerben sich insgesamt 1.380 Kandidaten um die der Bundesrepublik Deutschland zugewiesenen 96 Parlamentssitze. Darunter sind 479 Frauen, das entspricht einem Anteil von 34,7 Prozent. Dies [teilte](#) Bundeswahlleiter Dr. Georg Thiel am 16. April 2019 im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin mit. Bei der Europawahl 2019 treten insgesamt 41 Parteien und sonstige politische Vereinigungen mit gemeinsamen Listen für alle Bundesländer beziehungsweise mit Listen für einzelne Länder an. Die Stimmzettel enthalten in jedem Bundesland 40 Wahlvorschläge.

*Das BFB-Team wünscht allen Leserinnen und Lesern des BFB-Freiberufler-Tickers schöne Feiertage und meldet sich mit der nächsten Ausgabe am 26. April 2019.*